

Gesprächstermin am 13.12.18 beim Landtagspräsidenten Klaus Schlie.

Zwei Tage vor unserer Beratungsaktion vor dem Landtag erhielten wir eine Einladung zu einem Gespräch mit dem Landtagspräsidenten Klaus Schlie. Herr Schlie bot uns an, die Gründe für die Einsetzung einer Sachverständigenkommission zu erläutern. Wir nahmen dankend an.

Das Gespräch dauerte dann überraschend lange. In dem 45-minütigen Dialog (immerhin lief parallel die Landtagssitzung) erläuterte Herr Schlie die Beweggründe für die beabsichtigte Verbesserung der Altersversorgung der Landtagsabgeordneten. Die Gründe waren für uns nicht neu, sie entsprechen im Wesentlichen den in unserem Informationsblatt dargestellten. Es entwickelte sich dann ein angeregtes Gespräch mit einer verbindlichen Zusage des Landtagspräsidenten (siehe am Ende der Gesprächsnotizen von Brigitte Gehrke):

Gesprächsnotizen (sinngemäß, kein Wortprotokoll) vom 13.12.2018 bei Landtagspräsident Schlie: Thema Rente (für Abgeordnete)

Anw.: Frank Hornschu (DGB Kiel Region), Reiner Heyse (IGM Sen.), Brigitte Gehrke (verdi Sen. Kiel-Plön), Alfons Aigner (IG Bau Sen.), Paul Kramkowski (DGB Sen.), Hans-Jürgen Nestmann (IGM Sen. Elmshorn)

Erläuterungen von Herrn Schlie: *Er hat Verständnis für unser Anliegen.*

Das jetzige Versicherungssystem auf privater Basis wurde eingeführt, um Kosten zu senken - vorherige Rente war zu üppig - Abgeordnete bekommen einen festen Betrag der verpflichtend nach Steuerabzug für Rentenvorsorge genutzt werden muss - der Betrag wurde über Jahre nur einmal erhöht und liegt bei 1820€ im Monat.

Der Ältestenrat hat sich mehrfach damit befasst, aber Sachverstand reichte trotz Berater nicht aus - deshalb eine Kommission - (auf Nachfrage wird die Liste mit Teilnehmenden besorgt und verlesen) - von Gewerkschaften war Susanne Schöttke angefragt, hat aber absagen müssen. So ist jetzt nur eine Vertreterin vom Beamtenbund dabei und ehemalige Abgeordnete und Minister - Kommission arbeitet seit 3 Monaten.

Es geht um den Einsatz von Steuermitteln - das ist so nicht mehr vertretbar wenn das Geld bei den Versicherungen verschwindet - es geht insbesondere um die jungen Abgeordneten (man ist ja froh dass so viele neu dabei sind) deren Renten- und Hinterbliebenenversorgung ist nicht gesichert - die klassischen Renten-Lebensversicherung gibt es kaum noch. Ein Sondersystem für Abgeordnete ist wichtig wegen der Unabhängigkeit.

Auf Nachfrage werden Vorgaben für die Kommission dargestellt (verlesen):

Die Vorgaben richten sich nach einem Verfassungsgerichtsurteil - es muss ein attraktives System sein, dass es jedem ermöglicht, in die Politik zu gehen und Unabhängigkeit gewährleistet - dauerhaft und angemessen - es sollen Vergleiche zwischen anderen Parlamentarischen und Verfassungsorganen stattfinden - soll geprüft werden ob Staffelung nach Funktion möglich ist ...

Frank Hornschu legt unsere Position dar: *Wir wollen nicht die Abgeordneten beleidigen oder diskriminieren ...*

Herr Schlie: *Das habe ich auch nicht so aufgefasst...*

Frank: *aber wohl einige Abgeordnete ... wir wollen nur sagen willkommen im Club - Beschäftigte wurden in die private Vorsorge gezwungen, Abgeordnete hatten es sich ausgesucht - wir wollen Umlagen basierte Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen ... Beispiel Österreich ...*

Schlie: *Gesetzesvorgaben erlauben es nicht - Parlamente brauchen unabhängiges Rentensystem - Überlegung einer Rentenversicherung für alle Parlamente ist auch im Gespräch.*

Es würde schwer Beamtenversorgung und Rentenversicherung zusammenzuführen ...

Reiner: *Wenn man es will - geht mit langer Übergangsfrist wie in Österreich...*

Hans Jürgen beleuchtet das Thema Altersarmut in Zusammenhang mit zu niedrigen (Mindest)Löhnen ...

Herr Schlie sagt, dass ihm die Probleme nicht fremd sind (auch über die Arbeit seiner Frau bei der Tafel). **Er bietet an uns wieder einzuladen, wenn das Ergebnis der Kommission vorliegt - wird nach der Sommerpause 2019 erwartet.**